## Pressemitteilung



Kiel. 16. Februar 2018 Nr. 055/2018

Özlem Ünsal

## Der Druck wächst: Bezahlbares Wohnen ist Mangelware!

Zur heutigen (16.02.2018) Landespressekonferenz der "Volksinitiative für bezahlbares Wohnen in SH" des Sozialverbandes Schleswig-Holstein und des Mieterbundes erklärt die wohnbaupolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Özlem Ünsal:

"Wohnen ist ein Grundrecht und kein Luxus. Die Realität zeigt, dass bezahlbarer Wohnraum immer knapper wird. Der Druck wächst inzwischen bis in die Mitte der Gesellschaft. Junge Familien, Studenten und Alleinerziehende, aber auch Menschen, die ihren Wohnort aufgrund eines Jobwechsels ändern müssen, gehören zu den Leidtragenden dieses Missstandes. Für uns steht fest: Den steigenden Mieten und dem daraus resultierenden Wohnungsmangel muss von staatlicher Seite entgegengewirkt werden. Schleswig-Holstein braucht deshalb eine aktive und soziale Wohnungs- und Städtebaupolitik, die unsere Kommunen und Menschen nicht alleine lässt! Die Initiative schlägt genau in diese Kerbe. Wir freuen uns, dass die Förderung von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften zu den Kernforderungen der Volksinitiative gehört. Die SPD-Fraktion wird noch in die Februarsitzung des Landtages Haushaltsanträge einbringen, wonach wir die Gründung neuer und den Erhalt bestehender kommunaler Wohnungsbau-Gesellschaften und -Genossenschaften in Schleswig-Holstein mit 2.500.000 Euro fördern wollen. Zudem wollen wir, dass unsere Kommunen finanziell bei vorbereitenden, planerischen Maßnahmen, insbesondere zu neuen, innovativen und inklusiven Wohnkonzepten, Fachgutachten und Wettbewerben, stärker durch das Land unterstützt werden. Hierfür wollen wir weitere 1.500.000 zur Verfügung stellen.

CDU, FDP und Grüne hadern mit diesem wichtigen Thema! Es fehlt ein klares politisches Bekenntnis zu bezahlbarem und sozialem Wohnungsbau! Angesichts der sich zuspitzenden Lage am Wohnungsmarkt ist diese politische Verantwortungslosigkeit für uns ein nicht hinnehmbarer Zustand!"